

# Rheden will Windpark an der B 3

## Gemeinderat will Heinum schützen / Widerstand gegen Baugebiets-Sperre

**Rheden (mb).** Der Rat der Gemeinde Rheden hat die Stellungnahme der Samtgemeinde Gronau zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises in weiten Teilen gebilligt. Die Abgeordneten verständigten sich aber noch auf einige Änderungen. Unter anderem sprach sich der Rat einstimmig gegen ein Vorranggebiet für Windenergie östlich von Heinum aus – dass die Samtgemeinde-Verwaltung angesichts der Pläne für einen großen Windpark nahe der Bundesstraße 3 inzwischen aber auch für verzichtbar hält (diese Zeitung berichtete). Das letzte Wort zur Haltung der Samtgemeinde Gronau hat der Samtgemeinderat, das finale Votum zum gesamten Raumordnungsprogramm im nächsten Jahr der Kreistag.

Günter Sievert (WG) dankte zunächst den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“ für ihr Engagement. Anschließend erläuterte er die Änderungsvorschläge, auf die sich die Kommunalpolitiker bereits Anfang der Woche während einer interfraktionellen Sitzung verständigt hatten. „Der Rat spricht sich gegen Windkraftanlagen bei Heinum aus und hält einen Mindestabstand zu Wohn-

gebieten von unter 1000 Metern für nicht akzeptabel“, trug der stellvertretende Bürgermeister vor. Dann wäre die Vorrangfläche bei Heinum so klein, dass sie unwirtschaftlich wäre. Sievert erinnerte auch daran, dass der Segelfluggplatz bei Wallenstedt schon jetzt ziemlich schwer anzufliegen sei. „Diese Einschränkungen treffen für die Fläche an der B 3 zwischen Elze und Eime nicht zu“, stellte Sievert fest. „Der Rat plädiert deshalb dafür, diese Variante zu forcieren.“ Lutz Brunotte (WG) forderte sogar eine noch schärfere Abstandsregel: „Wir sollten das Zehnfache der Nabenhöhe einer Windkraftanlage verlangen“, meinte er.

Auch die Einschränkungen zur Entwicklung von Baugebieten, die der Landkreis vorsieht, will der Rat – ebenso wie Banteln, HAZ gestern – nicht akzeptieren. Es müsse reichen, wenn eine Gemeinde nicht vier, sondern drei der insgesamt fünf Kriterien (stündliche Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, Betreuungseinrichtungen für Kinder, Grundschule, Lebensmittel-Einzelhandel und ärztliche Grundversorgung) erfülle.

Dietrich Thielke (BfGR) stimmte zu, hatte aber noch Änderungsvorschläge. So

sei die Einschränkung, dass sich die Entwicklung von Wohngebieten und Arbeitsplatzschwerpunkten am Netz des Öffentlichen Nahverkehrs orientieren solle, absolut überflüssig. Die Ratsmitglieder billigten sowohl Brunottes als auch Thielkes Änderungsvorschläge einstimmig.

Im weiteren Verlauf der Sitzung hatte Thielke noch einige Fragen zur möglichen Fusion der Samtgemeinde Gronau mit den Samtgemeinden Duingen und Sibbesse. Und wollte Zahlen hören: „Was sparen wir denn durch eine Fusion?“ Der Erste Samtgemeinderat Thomas Mensing wollte dazu keine Angaben machen. „Wir brauchen doch erst den Fusionsvertrag, bevor wir uns Gedanken über ein virtuelles Rathaus machen können“, betonte er. Tatsächlich haben die Verwaltungschefs stets betont, die Einsparungen ließen sich noch nicht seriös beziffern. Mertens und Mensing haben für Gronau erklärt, allein die Umwandlung in eine Einheitsgemeinde könne pro Jahr 300 000 Euro bringen. Schließlich wollte Thielke noch wissen, was passiere, wenn Eime und Banteln selbstständig bleiben wollten. Mensing dazu: „Dann muss die Kommunalaufsicht des Landkreises entscheiden.“